

Bereich Jugend und Bildung

LIEBE PARITÄTERINNEN UND PARITÄTER,

der vierte Newsletter in 2017 hält wieder aktuelle Informationen für Sie aus dem Bereich Jugend und Bildung des PARITÄTISCHEN Baden-Württemberg bereit.

Während die SGB VIII Reform uns weiterhin alle sehr beschäftigt, möchte ich nicht nur über die weiteren Entwicklungen informieren, sondern Ihnen auch wichtige Positionspapiere und Stellungnahme zu anderen Themenbereichen, die für die Kinder- und Jugendhilfe wichtig sind, vorstellen.

In eigener Sache suchen wir Schulen und Einrichtungen, die sich am Projekt Radio RIO mit Außenreporter*innen beteiligen wollen.

Sie finden auch wieder Veranstaltungshinweise am Ende des Newsletters.

Ich freue mich über Rückmeldungen bezüglich des Informationstransfers und nehme gerne Ihre Vorschläge, Anmerkungen oder auch Kritik entgegen.

Herzliche Grüße

Barbara Meier

SGB VIII Reform

Regierungsentwurf liegt seit 12.04.2017 vor



Die Dynamik in der SGB VIII Reform setzt sich fort. Nachdem im März der Referentenentwurf veröffentlicht wurde, liegt inzwischen auch ein Regierungsentwurf vor, den ich bereits per Mail an Sie weitergeleitet habe. Herr Struck vom Gesamtverband hat in seiner bewährten Lesehilfe die Veränderungen farblich zum besseren Lesen eingefügt. Diese findet sich gleichfalls wie die DIJuF Synopse auf unserer Internetseite. Herr Struck erstellt zum Regierungsentwurf derzeit die Stellungnahme des Gesamtverbandes. Diese leite ich gerne an Sie weiter.

Auch die LIGA Baden-Württemberg wurde zur Stellungnahme bis 3. Mai aufgerufen, die derzeit in Abstimmung der Wohlfahrtsverbände erarbeitet wird.

[» weiter zur Lesehilfe und zur Synopse](#)

Weitere Zeitschiene für das Gesetzgebungsverfahren

Der weitere Zeitplan sieht nach Angaben des Gesamtverbandes für das Gesetzgebungsverfahren derzeit wie folgt aus:

19.05.2017	Erste Lesung im Deutschen Bundestag
02.06.2017	Bundesrat
19.06.2017	Anhörung im BT Ausschuss FSFJ
28.06.2017	Abschlussbefassung im BT Ausschuss FSFJ
30.06.2017	2./3. Lesung im Bundestag
07.07.2017	Bundesrat

Stellungnahmen und Empfehlungen

Positionspapier des Paritätischen Gesamtverbandes "Ein "Weiter so!" verbietet sich. Cannabispolitik ändern - Jugend schützen"



Am 7. April 2017 hat der Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbandes ein Positionspapier zur bestehenden Cannabispolitik beschlossen. Unter dem Titel "Ein "Weiter so!" verbietet sich. Cannabispolitik ändern - Jugend schützen" will der Verband die aktuelle fachliche, politische und gesellschaftliche Diskussion zum Umgang hiermit aufgreifen und Empfehlungen für eine Neubewertung der Cannabispolitik anregen.

Cannabis ist unter den illegalen Drogen weltweit die am häufigsten konsumierte Droge. In Deutschland ist sie die am weitesten verbreitete illegale Droge und mehrere Millionen Menschen konsumieren sie hierzulande regelmäßig. Auch unter Jugendlichen wird Cannabis am häufigsten konsumiert.

Der Umgang mit Cannabis reicht in Deutschland von einer hohen Verbreitung des Konsums mit stillschweigender Akzeptanz in der Bevölkerung bis hin zur Kriminalisierung der Konsument*innen. Insbesondere die Maßnahmen der Kriminalprävention in ihrer Zielsetzung und ihren Ergebnissen widersprechen den wirksamen Maßnahmen der gesundheitlichen Prävention. Aus Sicht des Paritätischen Gesamtverbandes verfehlt die derzeitige Cannabispolitik ihre Ziele. Sie hält weder vom Cannabiskonsum ab, noch ist sie in der Lage, den Drogenhandel nachhaltig zu unterbinden.

Der Paritätische fordert deshalb die Bundesregierung auf, alternative Ansätze zur aktuellen Repressionspolitik bei Cannabis zu entwickeln, den frühzeitigen Zugang zu Prävention und Beratung zu ermöglichen und dauerhaft sicherzustellen sowie Ziele für den Jugendschutz zu definieren, um die cannabisbedingten Probleme junger Menschen zu lösen.

[» weiter zum Positionspapier](#)

Paritätisches Positionspapier "Kinder in besonderen Lebenslagen – Elternteil in Haft"



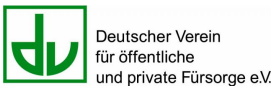
Gleichfalls am 7. April 2017 wurde vom Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbandes das Positionspapier „Kinder in besonderen Lebenslagen – Elternteil in Haft“ verabschiedet. Kinder Inhaftierter sind eine nahezu unsichtbare Gruppe, die bisher nur schwer zu erreichen ist. In der Europäischen Union sind nach Schätzungen fast eine Million und in Deutschland 100.000 Kinder jährlich von der Inhaftierung eines Elternteils betroffen.

Der Paritätische Gesamtverband fordert deshalb, die betroffenen Kinder als eigenständige, spezifisch gefährdete Zielgruppe mit besonderen Bedürfnissen und entsprechendem Hilfebedarf wahrzunehmen. Wichtig ist hierbei der Kontakt des Kindes mit dem inhaftierten Elternteil. Für dessen Umsetzung fordert der Paritätische nicht nur unter Berücksichtigung des Interesses des Kindes ein kindzentriertes Angebot, sondern auch Kinder- und Familienbeauftragte in jeder JVA sowie Aus- und Weiterbildungsmodule für Justizvollzugsangestellte und Polizeibeamte.

Des Weiteren wird von Seiten des Paritätischen die verbindliche Klärung der Finanzierungsgrundlagen auf Landesebene als grundlegend gesehen, um eine flächendeckende Beratung sowie Unterstützung für Kinder und Familien von Inhaftierten, sowie spezialisierte Online-Beratungsangebote sicherzustellen.

[» weiter zum Positionspapier](#)

Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zur Hilfe für junge Erwachsene in besonderen Problemlagen



Die Empfehlungen des Deutschen Vereins vom 22. März 2017 zeigen Handlungsansätze auf, wie junge Erwachsene, die aus gesellschaftlichen Institutionen und Unterstützungssystemen herauszufallen drohen, wieder in diese integriert werden können, um eine gelingende Verselbstständigung sowie soziale und berufliche Integration zu ermöglichen.

Die jungen Menschen, auf die sich die Empfehlungen beziehen, haben einen intensiven und umfangreichen Unterstützungs- und Förderbedarf, verhalten sich jedoch zu den Hilfeinstitutionen und -angeboten meist distanziert. Ihrem Unterstützungsbedarf kann deshalb nur durch individuell zugeschnittene Lösungen und unter Berücksichtigung der Besonderheit des Einzelfalls – durch ein Zusammenwirken

von Leistungsträgern und -erbringern aus unterschiedlichen Leistungsbereichen angemessen entsprochen werden.

Rechtskreisübergreifende Kooperation erfordert eine gemeinsame Arbeitsgrundlage. Hierzu werden in den Empfehlungen übergreifende Kriterien und Merkmale, die die Lebenssituation von jungen Erwachsenen in besonderen Problemlagen kennzeichnen, sowie die Rechtsgrundlagen der Leistungen erläutert, die zu ihrer Unterstützung und Förderung in Betracht kommen können. Zudem werden Eckpunkte für die Entwicklung örtlicher Fachkonzepte zur Unterstützung und Förderung der jungen Erwachsenen erläutert.

»weiter zur Stellungnahme

Paritätisches Radioprojekt für Kinder und Jugendliche Außenreporter*innen für das Kinderklinikradio Radio RiO in Stuttgart gesucht!



Im Olgahospital in Stuttgart wird das Kinderklinikradio „Radio RiO“ vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg und antenne 1 für Kinder von 6 bis 18 Jahren angeboten. Radio RiO ist ein Mitmachradio, in dem Kinder im Krankenhaus Radio machen und das Programm mitgestalten. Es ist ein zusätzliches Freizeit- und Bildungsangebot für die Patient*innen. Radio RiO sendet einmal die Woche live und kann an jedem Krankenbett gehört werden. Die jeweils letzte Sendung wird in einer Schleife rund um die Uhr wiederholt.

Mit dem Radioprojekt „Radio RiO“ – AußenreporterInnen“, gefördert durch das Landesprogramm „Mittendrin“ des baden-württembergischen Sozialministeriums, sollen Kinder und Jugendliche außerhalb der Klinik Radiobeiträge für Radio RiO produzieren. Thematisch können das Erlebnisse aus dem Alltag, aber auch Sport- und Musikereignisse oder Interviews mit Promis sein.

Dazu werden eintägige Radioworkshops an Schulen bzw. auch in Jugendhilfeeinrichtungen angeboten. Die Radioworkshops werden in Kooperation mit der Landesvereinigung für kulturelle Jugendbildung (LkJ) durchgeführt. Projektlaufzeit: Mai – Dezember 2017. 10 Schulen bzw. Einrichtungen können sich daran beteiligen.

Haben Sie Interesse? Dann geben Sie bitte **bis 8. Mai 2017** Rückmeldung an Frau Marquart, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (E-Mail marquart@paritaet-bw.de) www.radorio.de.

»weitere Informationen

Finanzielle Förderungen und Ausschreibungen

Ausschreibung "Wir sind mit dabei!"



Der Landesjugendring führt erneut für die Baden-Württemberg Stiftung das Programm "Wir sind mit dabei!" unter neuem Schwerpunkt durch.

Gemeinsam mit Einrichtungen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sollen Wege gesucht und ausprobiert werden, wie sich bestehende oder entstehende Angebote sowie formelle und informelle Strukturen der Träger so gestalten lassen, dass sie sich für neue Zielgruppen öffnen. In einem ganzheitlich gedachten Inklusionssinne bedeutet das: unabhängig von allen Zuschreibungen von Gender, Religion, sexueller Orientierung, ethnischer Herkunft, Fluchterfahrung, Behinderung, Bildungsbenachteiligung, usw.

Im Programm sollen modellhaft bis zu 15 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit unterstützt werden, die bereits Erfahrungen in der inklusiven Jugendarbeit gesammelt haben oder motiviert sind, diesen strukturöffnenden Weg neu zu beschreiten.

Weitere Informationen zur Ausschreibung und zur erforderlichen Interessensbekundung erhalten Sie bei:

Nikolaj Midasch
Landesjugendring Baden-Württemberg
Programmkoordinator „Wir sind dabei!“ Telefon: (0711) 16447-11
E-Mail: midasch@lrbw.de

[» weitere Informationen zur Ausschreibung](#)

Veranstaltungen und Fortbildungen

Kinder- und Jugendhilfe in Stuttgart - Frau Dr. Heynen im Gespräch



Im Rahmen der Veranstaltungen von Treff Sozialarbeit Stuttgart ist am 27. April 2017 von 8:30 bis 11:00 Uhr bei der Evangelischen Gesellschaft, Büchsenstraße 34/36, ein Gesprächsaustausch mit Frau Dr. Heynen, Jugendamtsleiterin Stadt Stuttgart, vorgesehen. Nachdem Frau Dr. Heynen im Juli vergangenen Jahres ihre neue Aufgabe angetreten hat, geht es im Austausch mit ihr um Fragestellungen wie:

- Wie sind die Eindrücke und Bewertungen der Kinder- und Jugendhilfe in Stuttgart ein Jahr nach Amtsantritt?
- Welche Themenschwerpunkte für Stuttgart werden ihrerseits gesehen, und welche fachlichen Entwicklungslinien will sie angehen?

- Welche Unterstützung brauchen junge Menschen und ihre Familien in Stuttgart?

»weitere Informationen

Jahrestagung der Aktion Jugendschutz "Medien: Macht-Gewalt-Kultur?" - Herausforderung für Medienpädagogik und politische Bildung



Am 27. Juni 2017 findet in der Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen die Jahrestagung der Aktion Jugendschutz statt. Hierbei dreht sich alles um das Thema "Medien: Macht-Gewalt-Kultur?" sowie die Herausforderungen für Medienpädagogik und politische Bildung. Die beiden Hauptvorträge am Vormittag beschäftigen sich nicht nur mit dem Thema "Wie soziale Medien Meinungsbildung und Orientierung in der Welt prägen", sondern gehen auch auf machtvolle Medienphänomene unter dem Aspekt "Streuung von Bildern und die Alltäglichkeit von Gewalt" ein. Nachmittags werden vertiefend fünf verschiedene Themenworkshops angeboten. Anmeldungen sind bis 20. Juni 2017 möglich.

»weiter zum Veranstaltungsflyer

Minderjährige Flüchtlinge in Pflegeverhältnissen



Vom 29. bis 30. Juni 2017 findet die Fachveranstaltung im Bildungszentrum in Erkner bei Berlin statt. Inhaltlich stehen die Fragen

- Wo liegen die Herausforderungen, wo die Chancen?
- Lassen sich Erfahrungen aus der Verwandtenpflege und aus sonstigen Pflegeverhältnissen für minderjährige Flüchtlinge auf diese besondere Form des Zusammenlebens übertragen?

im Vordergrund. Zudem soll über den Stand der Diskussion informiert, Beispiele guter Praxis vorgestellt und Gelegenheit zum Austausch angeboten werden. Ziel ist die Identifizierung von Handlungsbedarfen für die Weiterentwicklung des Pflegekinderwesens.

Die Fachveranstaltung ist für Fach- und Leitungskräfte der Jugendhilfe, insbesondere der Pflegekinderhilfe, für Flüchtlingskoordinator*innen sowie für Expert*innen aus Wissenschaft, Politik und Verbänden gedacht.

Anmeldungen sind bis 26. April 2017 erforderlich.

[»Weitere Informationen](#)

Fachveranstaltung „Aus der Jugendhilfe in ein eigenständiges Leben – Übergänge mit Care Leavern gestalten“



Der Übergang junger Menschen aus stationären Erziehungshilfen in ein eigenständiges Leben ist für viele „Care Leaver“ eine echte Herausforderung und war lange Zeit nicht im Blick der Fachwelt. Studien aber zeigen, dass junge Erwachsene, die stationäre Erziehungshilfen verlassen, häufig in diesem Übergang und während dieser Lebensphase besondere Benachteiligungen erleben.

Sie benötigen daher Unterstützung und Orientierungshilfen während dieser Lebensphase. Eine gute Übergangsbegleitung aus der stationären Erziehungshilfe ist eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Start dieser jungen Erwachsenen in ein eigenständiges Leben.

Der Fachtag am 28. September 2017 in der Jugendherberge Stuttgart widmet sich dieser wichtigen Lebensphase unter der Fragestellung, wie Unterstützungsangebote von Einrichtungen der Jugendhilfe, der Kommunen und/oder der Länder gestaltet sein müssen, um die Situation von Care Leavern nachhaltig zu verbessern.

Die Tagung zielt auch darauf, Care Leavern selbst eine Stimme zu geben. In Inputs und Foren berichten sie von ihren unmittelbaren Erfahrungen und ihrer Sicht der Dinge. Dieser Blick wird ergänzt und vertieft durch aktuelle Forschungen, Beispiele gelingender Praxis im Übergang und der engen Vernetzung mit und für Care Leaver.

Veranstalter sind:

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg
Martin-Bonhoeffer-Häuser
Albert-Schweitzer-Kinderdorf e.V.

Anmeldungen sind über den Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg möglich.

[»zur Anmeldung](#)

SIE HABEN FRAGEN ODER MÖCHTEN IN UNSEREN NEWSLETTERVERTEILER AUGENNOMMEN WERDEN?



Schreiben Sie uns einfach eine Nachricht an [info@paritaet-bw.de!](mailto:info@paritaet-bw.de)

IMPRESSUM

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Hauptstr. 28
70563 Stuttgart

Telefon: +49 (0) 711 2155 - 0

Telefax: +49 (0) 711 2155 - 215

E-mail: info@paritaet-bw.de

Vorstand: Ursel Wolfgramm (Vorstandsvorsitzende)

Registernummer / Vereinsregister Stuttgart VR 201

Steuernummer: 99015 / 01556

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Ursel Wolfgramm

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Unser Angebot enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.